Hildegard Müller: 43 Prozent aller Kraftwerksneubauten sind in Frage gestellt

Hildegard Müller: 43 Prozent aller Kraftwerksneubauten sind in Frage gestellt

- Lage bei Investitionen hat sich weiter verschärft
- Positiv: Mehr Offshore-Anlagen gehen in Betrieb
"Die Lage auf dem Kraftwerksmarkt hat sich weiter verschärft. Die Verunsicherung der Investoren wird immer größer und auch der wirtschaftliche Druck auf die bestehenden Kraftwerke nimmt ständig zu. Inzwischen sind 43 Prozent aller geplanten Kraftwerksneubauten in Frage gestellt. Dies betrifft konkret 32 der insgesamt 74 bis ins Jahr 2020 geplanten Anlagen, im vergangenen Jahr waren es noch 22", erklärte Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), bei der Vorstellung der neuen BDEW-Kraftwerksliste auf der Hannover Messe.
Der BDEW stellte in Hannover nicht nur die neue Kraftwerksliste, sondern auch die nach heutigem Erkenntnisstand absehbaren Zu- und Abgänge bei der gesicherten Kraftwerksleistung vor. "Denn nur so bekommt man ein komplettes Bild über die weiteren Entwicklungen auf dem Kraftwerksmarkt in den nächsten Jahren", so Müller. Bei zahlreichen in der Kraftwerksliste enthaltenen Projekten ist laut BDEW noch unsicher, ob diese am Ende auch realisiert werden. Negativ wirken sich zusätzlich auch die Kraftwerke aus, für die bei der Bundesnetzagentur ein Antrag auf Stilllegung vorliegt. Durch den Ausstieg aus der Kernenergie würden weitere Kapazitäten vom Netz gehen. Müller: "Es muss nach heutigem Kenntnisstand davon ausgegangen werden, dass die gesicherte Leistung bis zum Abschalten der letzten Kernkraftwerke 2022 um 13.600 Megawatt zurückgehen wird, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen nicht ändern. Dies macht den Handlungsdruck für die Politik deutlich."
"Die Fakten der BDEW-Kraftwerksliste und die voraussichtlichen Abgänge aus dem bestehenden Kraftwerkspark zeigen, dass die Politik sich nach Einbringung der EEG-Reform nun umgehend intensiv um die Probleme auf dem Kraftwerksmarkt kümmern muss. Der Gesetzgeber muss wie im Koalitionsvertrag angekündigt die Vorbereitungen für Kapazitätsmärkte treffen, damit wir auf mögliche Engpässe in ein paar Jahren vorbereitet sind. Dies macht unter anderem die stark wachsende Zurückhaltung der Investoren ganz deutlich. Ohne rasche Klarheit über die zukünftigen Marktstrukturen und das entsprechende Kapazitätsmarktmodell wird die Situation im Kraftwerkspark zu einem ernsten Problem des Industriestandortes Deutschland führen", erläuterte Hildegard Müller.
Laut der BDEW-Kraftwerksliste sind zwar insgesamt 74 größere Anlagen mit einer installierten Leistung von rund 38.000 Megawatt in Planung, im Genehmigungsverfahren, genehmigt, im Bau oder im Probebetrieb. Auch gehen in diesem und im nächsten Jahr voraussichtlich noch fünf Steinkohlekraftwerke und vier Erdgaskraftwerke ans Netz. "Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Planungen für diese Anlagen unter anderen Marktbedingungen im vergangenen Jahrzehnt begonnen wurden. Ein wirtschaftlicher Betrieb dieser Kraftwerke ist auf dem jetzigen Markt zumindest fraglich", so Müller.
Erfreulich seien wiederum die Entwicklungen im Bereich der Offshore-Windanlagen. "Positiv ist, dass immer mehr Offshore-Windanlagen ans Netz gehen. Allein in diesem und im nächsten Jahr sollen neun Windparks ihren Betrieb starten. Ein Grund dafür ist, dass der Netzanschluss inzwischen deutlich strukturierter und geordneter verläuft. Die Maßnahmen der Politik, der Übertragungsnetzbetreiber und der Anlagenbetreiber entfalten also ganz offensichtlich ihre Wirkung", sagte Hildegard Müller.

Weitere Informationen
Frank Brachvogel
Pressesprecher
Telefon 0 30 / 300 199-1160
E-Mail presse@bdew.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=561901" width="1" height="1">

Pressekontakt

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

10117 Berlin

Firmenkontakt

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

10117 Berlin

Die Demokratie lebt vom Wettstreit der Meinungen und vom Ausgleich der Interessen. Das Werben um Mehrheiten ist ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Ordnung. Dabei sind die Überzeugungen und Interessen des Einzelnen nur dann politisch wirksam, wenn sie gebündelt vorgetragen werden und die Zustimmung vieler finden.Die deutsche Energie- und Wasserwirtschaft stellt sich den Herausforderungen der Zukunft, um eine sichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energie- und Wasserver- sowie Abwasserentsorgung zu gewährleisten. Der BDEW vertritt die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber Politik, Fachwelt, Medien und Öffentlichkeit und orientiert sich dabei an einer nachhaltigen Energieversorgung sowie an einer Wasser- und Abwasserwirtschaft, die den Aspekten Umwelt- und Klimaschutz, Qualität und Sicherheit sowie Wirtschaftlichkeit gleiches Gewicht beimisst. Der BDEW mit seinen Landesorganisationen berät und unterstützt seine Mitgliedsunternehmen - die rund 90 Prozent des Stromabsatzes, gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes, 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung sowie rund ein Drittel der Abwasserentsorgung in Deutschland repräsentieren - in allen branchenrelevanten politischen, rechtlichen, wirtschaftlich-technischen und kommunikativen Fragen. Die sachliche Arbeit, getragen vom fachlichen Know-how sowohl der ehrenamtlichen Gremienmitglieder als auch der Mitarbeiter des BDEW, ist dabei die eigentliche Stärke des Verbandes.Der BDEW wurde im Herbst 2007 gegründet. Der BDEW ist zentraler Ansprechpartner für alle Fragen rund um Erdgas, Strom und Fernwärme sowie Wasser und Abwasser. Die Energiewirtschaft hat damit ihre Kräfte gebündelt und entwickelt energieträgerübergreifende Konzepte. Die Wasserwirtschaft mit ihrem eigenen ordnungspolitischen Rahmen nutzt die erheblichen Synergien, die ein großer Verband bietet.Das Leitmotiv des BDEW "Energie. Wasser. Leben." zeigt sowohl den Wirkungskreis als auch den Anspruch des Verbandes, dessen Mitgliedsunternehmen mit ihrer Leistung die Lebensqualität der Menschen sichern - heute und in Zukunft.